

Beschluss des Landrats vom 07.04.2022

Nr. 1442

14. Baselstädtisches Mindestlohn-Gesetz: Negative Auswirkungen auf Baselbieter KMU verhindern

2022/66; Protokoll: md

Christine Frey (FDP) gibt eine Erklärung ab. Dem Regierungsrat wird für die zügige Beantwortung und fundierte Auseinandersetzung mit dem Thema gedankt. Zudem dankt die Rednerin auch für die klare Haltung des Regierungsrats in dem Sinn, dass der Kanton Basel-Landschaft die Anwendbarkeit der Bestimmungen zum Baselstädtischen Mindestlohn für Baselbieter Unternehmen nicht akzeptieren möchte. Inhaltlich ist es wichtig zu betonen, dass es bei der Frage nicht nur um die Höhe der Löhne geht, sondern auch um diverse bürokratische Verpflichtungen, vor denen die KMU im Kanton geschützt werden müssen. Christine Frey wünscht dem Regierungsrat gutes Gelingen für die baldigen Gespräche und ist gespannt auf die Berichterstattung.

://: Die Interpellation ist erledigt.
